



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 1. Juli 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-05-0024

Zehntausend gegen Corona - Coronakrise darf nicht zur Bildungskrise werden - Antrag der FDP-Fraktion vom 11.05.2021 -

Die Corona-Pandemie hat zu immensen Belastungen von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern geführt. Durch die lange Aussetzung des Präsenzunterrichts drohen Bildungsverluste, die ganzen Jahrgängen langfristig schaden können. Das Ifo-Institut hat bereits im Januar eine durch Bildungsverluste hervorgerufene durchschnittliche Verringerung des Lebenseinkommens der von Schulschließungen betroffenen Schüler von 4,5 Prozent prognostiziert. Dabei drohen insbesondere SchülerInnen aus Familien, die sich keinen privaten Nachhilfeunterricht leisten können (oder wollen) und deren Eltern sich nur eingeschränkt beim Homeschooling einbringen können, ins Hintertreffen zu geraten; die Bildungsschere würde sich damit weiter öffnen und das Aufstiegsversprechen durch Bildung konterkarieren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zur Vermeidung langfristiger Bildungsverluste bei Wiesbadener SchülerInnen ein Programm aufzulegen, mit dem die Auswirkungen der Corona-Bildungskrise abgedeckt werden. Dieses soll zumindest die folgenden Punkte umfassen:

1. "Zehntausend gegen Corona": Über ein Gutscheinmodell finanziert die Stadt Wiesbaden in einem ersten Schritt 10.000 Nachhilfestunden für SchülerInnen, deren schulische Leistungen besonders unter der Aussetzung des Präsenzunterrichts gelitten haben. Die Abrechnung soll vom Nachhilfeanbieter direkt bei der Stadt erfolgen. Der Magistrat entwickelt kurzfristig ein System zur bürokratiearmen Anmeldung und Abwicklung, das sicherstellt, dass die Gutscheine zielgerichtet bei besonders belasteten Schülerinnen ankommen. Dieses Angebot schließt die zeitliche Lücke zur Realisierung des von Bund und Ländern angekündigten, aber noch nicht beschlossenen Nachhilfegutscheinprogramms.
2. Zusätzlich zu den bestehenden Angeboten wird das Wiesbadener Ferienprogramm vorerst in den Sommer- und Herbstferien 2021 um Kurse zum Aufholen von Lernrückständen, insbesondere in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch ergänzt, um auch SchülerInnen, deren Schulen keine Feriencamps zum Aufholen von Lernstoff anbieten, zu unterstützen.
3. Der Magistrat legt bis nach den Sommerferien in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum Wiesbaden und unter Einbeziehung des Stadtelternbeirats eine kurzfristige Maßnahmenliste vor, mit der der kommunale Beitrag zu einer qualitativ hochwertigen digitalen Lehre geleistet werden kann. Dabei sind insbesondere die Ausstattung mit digitalen Endgeräten für SchülerInnen und LehrerInnen sowie die Lizenzierung von digitalen Lehrinhalten zu prüfen, um parallel zum laufenden Schuljahr den SchülerInnen eine selbstständige Aufarbeitung vorhandener Defizite zu erleichtern.

4. Der Magistrat wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit dem Land zu Beginn des kommenden Schuljahres eine Lernstandserhebung durchzuführen, um eine qualifizierte Grundlage zu legen, mit der Lernrückstände frühzeitig und gezielt aufgearbeitet werden können.
-

NEUFASSUNG der Stadtverordnetenfraktionen CDU, Freie Demokraten, Freie Wähler/Pro Auto und BLW/ULW/BIG zu TOP I/10 für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2021

Wirksam gegen die drohende Bildungskrise vorgehen

Die Corona-Pandemie hat zu immensen Belastungen von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern geführt. Durch die lange Aussetzung des Präsenzunterrichts drohen Bildungsverluste, die ganzen Jahrgängen langfristig schaden können. Das Ifo-Institut hat bereits im Januar eine durch Bildungsverluste hervorgerufene durchschnittliche Verringerung des Lebensinkommens der von Schulschließungen betroffenen Schüler von 4,5 Prozent prognostiziert. Dabei drohen insbesondere Schülerinnen und Schüler aus Familien, die sich keinen privaten Nachhilfeunterricht leisten können und deren Eltern sich nur eingeschränkt beim Homeschooling einbringen können, ins Hintertreffen zu geraten; die Bildungsschere würde sich damit weiter öffnen und das Aufstiegsversprechen durch Bildung konterkarieren. Aus diesem Grund hat das Land Hessen ein Förderprogramm für Schülerinnen und Schüler ins Leben gerufen. Dazu stellt das Land Hessen 60 Mio. € aus dem Sondervermögen zur Bewältigung der Corona-Krise im Jahr 2021 zur Verfügung. Das Programm „Löwenstark - der BildungskICK“ besteht aus verschiedenen Bausteinen, die die Ebenen Bildung, Sport und Vereine umfassen und mit denen das übergeordnete Ziel der Gesundheitserhaltung und der Bildungsgerechtigkeit verfolgt wird. Das Corona-Aufholpaket der Bundesregierung ist bisher noch nicht beschlossen und umgesetzt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zur Vermeidung langfristiger Bildungsverluste bei Wiesbadener Schülerinnen und Schüler ein Programm aufzulegen, mit dem die Auswirkungen der Corona-Bildungskrise abgefedert werden:

1. Auch wenn die Ausgestaltung und Verteilung der Mittel bisher unklar bleibt, wird der Magistrat gebeten, das Förderprogramm der Landesregierung bestmöglich in den Wiesbadener Schulen zu etablieren. Der Magistrat wird zudem darum gebeten, an die hessische Landesregierung heranzutreten und auf die zeitnahe Konkretisierung der förderfähigen Maßnahmen zu drängen.
2. Zusätzlich zu den bestehenden Angeboten soll das Wiesbadener Ferienprogramm in den Sommer- und Herbstferien 2021 um Kurse zum Aufholen von Lernrückständen erweitert werden, um auch Schülerinnen und Schülern, deren Schulen keine Feriencamps zum Aufholen von Lernstoff anbieten, zu unterstützen.
3. Der Magistrat legt bis nach den Sommerferien in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum Wiesbaden und unter Einbeziehung des Stadtelternbeirats eine kurzfristige Maßnahmenliste vor, mit der der kommunale Beitrag zu einer qualitätvollen digitalen Lehre geleistet werden kann. Dabei ist insbesondere die Ausstattung mit digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer sowie die Lizenzierung von digitalen

Lehrinhalten zu prüfen, um parallel zum laufenden Schuljahr den Schülerinnen und Schülern eine selbstständige Aufarbeitung vorhandener Defizite zu erleichtern. Hierbei soll der Einsatz von „Learning Analytics-Software“ vorrangig geprüft werden. Durch die Verwendung soll den Schülerinnen und Schülern die gezielte Nacharbeitung individueller Lernrückstände ermöglicht werden.

4. Der Magistrat wird aufgefordert, nach den Sommerferien Kontakt mit den Wiesbadener Schulen aufzunehmen und den Sachstand hinsichtlich des sich daraus ergebenden speziellen Bedarfs der Wiesbadener Schülerinnen und Schüler sowie des Bedarfs an weiterer benötigter, individueller Unterstützung zu erfragen.
 5. Im Einvernehmen mit den Schulen wird der Magistrat gebeten, in einem konstruktiven Austausch mit dem hessischen Kultusministerium einzutreten, mit dem Ziel, die Durchführung einer (schul)übergreifenden Lernstandserhebung an ausgewählten Wiesbadener Schulen zu eruieren.
 6. Der Magistrat wird aufgefordert, sobald das Corona-Aufholpaket des Bundes mit dem Löwenstark-Programm der Landesregierung verzahnt ist, die Wiesbadener Schulen über die zusätzlichen Angebote unverzüglich zu informieren. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, nach der Konkretisierung des Programms etwaige Lücken im Bildungsangebot aufzuzeigen und der Stadtverordnetenversammlung Vorschläge für weitere ergänzende Bildungsangebote vorzulegen.
-

Beschluss Nr. 0064

1. Punkt 1 Satz 1 der Neufassung des Antrags der Fraktionen CDU, FDP, BLW/ULW/BIG und FW/Pro Auto vom 20.05.2021 ist durch die Aussprache erledigt.
2. Der Magistrat wird darum gebeten, an die hessische Landesregierung heranzutreten und auf die zeitnahe Konkretisierung der förderfähigen Maßnahmen zu drängen.
3. Die Punkte 2 bis 6 sind eingebracht.
Die Zusage von Stadtrat Imholz, zu diesen Punkten nach der Sommerpause einen schriftlichen Bericht vorzulegen, wird zur Kenntnis genommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2021

Nikolas Jacobs
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2021

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister